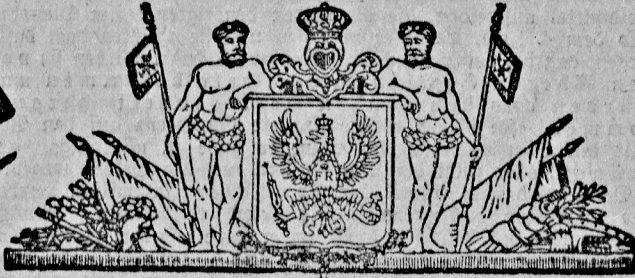


# Wossische



# Zeitung

20 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Verant.  
Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverl.  
Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663;  
für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695. Telegramm-  
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

## Frankreichs Verzicht auf Ruhrbesetzung.

### „Deutschland soll Garantien anbieten“

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

vi Paris, 13. Dezember.

Poincaré hat noch gestern Abend dem Präsidenten der Republik über den Verlauf der Londoner Konferenz Bericht erstattet. Ueber die Unterhaltung zwischen Millerand und Poincaré sind widersprechende Gerüchte verbreitet. Es heißt, daß die beiden Staatsmänner sich wider Erwarten einigen konnten und den Verzicht auf die Besetzung des Ruhrgebietes beschlossen hätten.

Poincaré empfing nach seinem Besuch bei Millerand die französischen Pressevertreter am Quai d'Orsay und versicherte ihnen u. a., daß er in London mit keinem Menschen weder privat noch amtlich von der eventuellen Besetzung des Ruhrgebietes gesprochen habe. Alles, was über eine angebliche französische Forderung dieser Art veröffentlicht wurde, sei reine Phantasie. Es sei nicht möglich, heute bereits anzugeben, an welche Pfänder Frankreich denke, und es sei sicher, daß ihre Erfassung keine militärischen Operationen erforderlich mache.

Die Vertreter der extrem nationalistischen Organe haben ihre Enttäuschung gestern Abend offenbar deutlich zum Ausdruck gebracht, und daran erinnert, daß Briand im Frühjahr 1921 ein Heer mobilisiert habe, um das Ruhrgebiet zu besetzen. Darauf wurde den unzufriedenen Pressevertretern von amtlicher Seite der aufführende Bescheid zuteil, bisher habe keine französische Regierung im Ernst an die Besetzung des Ruhrgebietes gedacht.

Die Kabinette von Paris und London hätten vor Ablehnung der Note vom 5. Mai 1921 die Gewißheit erlangt, daß Deutschland die Forderungen der Verbündeten annehmen werde. Die von Briand verfolgte Mobilisierung der Jahresklasse 1910 sei nur eine für die Galerie bestimmte Komödie gewesen, unter deren verhängnisvollen Folgen die französische Politik aber heute noch leide. Poincaré hat bei dem gestrigen Empfang der Pressevertreter nicht ausdrücklich erklärt, daß er auf die Ruhrbesetzung endgültig verzichte, aber die Teilnehmer an dem Empfang haben alle diesen Eindruck empfunden.

Der Eindruck wird bestärkt durch offiziöse Ausführungen an der Spitze des heutigen „Petit Parisien“, in denen es u. a. wörtlich heißt:

„Soll man die Londoner Ergebnisse in Frage stellen durch eine isolierte Aktion im Ruhrgebiet, falls unsere Verbündeten uns durchaus nicht dort hin begleiten wollen? Würde bei einer von uns allein vorgenommenen Besetzung der Gewinn den Gefahren entsprechen, deren Größe darin bestünde, daß wir im Falle unvorhergesehener Entwicklungen einen großen Teil der öffentlichen Meinung Englands und Amerikas gegen uns haben würden? Wäre der Gewinn einer isolierten Aktion im Ruhrgebiet größer als eine gemeinsame Erfassung von enger begrenzten Pfändern durch die Verbündeten im besetzten Rheinland? Jedermann legt sich seit gestern die Frage vor. Man darf sicher sein, daß ihre Bedeutung der Weisheit der Regierung und des Parlaments nicht entgangen ist.“

Poincaré hat den Pressevertretern gestern Abend mitgeteilt, daß er am Freitag in der Kammer das Wort zu ergreifen gedenke. Man hält es aber für fraglich, ob Poincaré sich auf die Beantwortung präziser Fragen einlassen wird. Als wichtigstes Ergebnis der Londoner Besprechungen bezeichnet Poincaré den Verzicht Englands auf die Balfour-Note über die interalliierten Schulden. Aus den sonstigen Erklärungen des Ministerpräsidenten ist noch hervorzuheben, daß er äußerte, es liege im Interesse Deutschlands, daß dieses selbst Sicherheiten und Pfänder vorschlage. Es sei aber keineswegs zu erwarten, daß Deutschland derartige Vorschläge machen werde, weil auch die neue Reichsregierung der Großindustrie gegenüber zu schwach sei.

### Bergmanns Rückkehr.

Staatssekretär a. D. Bergmann, der der Ueberbringer des Schreibens Dr. Cuvos an Bonar Law gewesen ist und die Vollmacht hatte, in London die in dem Schreiben enthaltenen Vorschläge zur Reparationsfrage durch mündliche Erläuterungen zu ergänzen, hat London verlassen und die Rückreise über Paris angetreten. In der französischen Hauptstadt wird sich Staatssekretär a. D. Bergmann zwei Tage aufhalten. Er wird für Freitag in Berlin zurück erwartet zur mündlichen Berichterstattung an das Kabinett über die Eindrücke, die er in London und in Paris gewonnen hat.

Die Regierung wird diesen Bericht wohl abwarten, ehe sie zu weiteren Entschlüssen gelangt. Daß die deutschen Vorschläge zur Londoner Konferenz und die bevorstehende Pariser Konferenz

vor den Weihnachtsferien im Reichstag in der Form einer politischen Debatte zur Sprache gebracht werden, dürfte wohl ausgeschlossen sein und sich aus mannigfachen Gründen nicht empfehlen. Es wird wohl bei einer Berichterstattung und bei einer Erörterung im Auswärtigen Ausschusse des Reichstags zur gegebenen Zeit sein Bewenden haben.

Der Reichstag selbst dürfte am Sonnabend seine Arbeiten vorläufig abschließen und in die Weihnachtsferien gehen.

### Harding für einen Europa-Pakt.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Paris, 13. Dezember.

Der „Exchange Telegraph“ meldet, daß das Kabinett Harding über die Lage Europas eingehend verhandelt habe. Danach habe man im Weißen Hause offiziell erklärt, daß die amerikanische Regierung mit allen Kräften nach Mitteln suche, um die schwierige Lage der alten Welt zu verbessern. In der Ueberzeugung, daß die Regelung der schweren auswärtigen Probleme, wie diejenigen der Reparationen, heute mehr als je im Lebensinteresse der ganzen Welt liege, glaube Harding, so erklärt man, daß das Prinzip, auf Grund dessen der Pazifik-Vertrag abgeschlossen wurde, auch anderwärts eine Ausdehnung finden könnte. Der Präsident hoffe, daß ein neuer Pakt zur Rettung des Friedens in der nächsten Zeit verhandelt würde.

### Die Londoner Schuldenvereinbarung.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Paris, 13. Dezember.

Vor seiner Abreise nach Rom hat gestern Abend Mussolini am Bahnhof den Berichterstatter des „Petit Parisien“ gegenüber folgende Erklärungen abgegeben:

„Ein Schritt, sogar ein großer Schritt nach vorwärts ist gemacht worden. Ein Plan der Annullierung der interalliierten europäischen Schulden ist ausgearbeitet, der erlauben soll, ein befriedigendes Uebereinkommen in dieser Frage zu finden. Das Jahr hat mit Genue angefangen und schließt mit London, aber London ist keine Schluppe, wenn auch die Börsen viel von der Konferenz erwartet hätten.“

Auf eine Frage des Journalisten, ob er der Ergreifung von Pfändern durch Neubesetzung deutschen Gebietes feindselig gegenüberstehe, antwortete Mussolini, daß vor den territorialen Pfändern solche wirtschaftlicher und finanzieller Art ergriffen werden könnten.

c London, 13. Dezember.

Die Kommission, die einen Verzicht zur Regelung der interalliierten Schulden unternehmen soll, wird London am 27. Dezember verlassen, um sich nach Amerika zu begeben. Sie besteht aus dem Finanzminister Baldwin, dem Gouverneur der Bank von England, und einem Sachverständigen des Schatzamts. Ihre Aufgabe wird sein, so verlautet hier, eine gerechte gegenseitige Herabsetzung der interalliierten Schulden herbeizuführen, die in einer Periode abgeschlossen wurden, als das Gold noch viel weniger Wert hatte als heute. Dies gilt auch für die britischen Schulden in Amerika. Der Zins der britischen Schuld in Amerika beträgt gegenwärtig 50 Millionen Pfund Sterling. Die Kommission wird versuchen, die Zahlung der Zinsen in Naturalien durchzusetzen. Zu diesem Zweck wird sie ebenfalls versuchen, eine Abänderung des Auslandszolltarifs der Vereinigten Staaten herbeizuführen, um die freie Einfuhr aller Waren, die zur Bezahlung dieser Zinsen bestimmt sind, zu ermöglichen.

### Generalstreik in Warschau.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mb Warschau, 12. Dezember.

Nach den gestrigen Straßenkämpfen ist heute eine gewisse äußere Ruhe eingetreten, die wohl in erster Linie auf die energische Haltung sowohl der Regierung als auch der Arbeiterchaft zurückzuführen ist, die gezeigt haben, daß sie vor nichts zurückschrecken werden, falls sich die Stände wiederholen sollten. Noch gestern Abend sind der Innenminister und der Warschauer Polizeipräsident kurzerhand verabschiedet worden. Heute patrouillierte Militär und Polizei durch die Straßen und zerstreute rücksichtslos mit dem Bajonett auch die kleinste Ansammlung. Jetzt gegen Abend sieht die Stadt wie ausgestorben aus. Da die Arbeiterchaft einen eintägigen Proteststreik proklamiert hat, gibt es keine Straßenbeleuchtung, verkehren keine Straßenbahnen.

## Hardens Amerikareise.

Der Prozeß in Moabit.

Es knistert, um nicht zu sagen, es kracht. Die Art der Verhandlungsführung im Hardenprozeß hat heute zu einer offenen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Gerichtshof und der Verteidigung des Nebenklägers geführt. Der Vorsitzende, der mit lobenswerter Korrektheit die Angeklagten auf ihre sämtlichen strafprozessualen Vorteile aufmerksam zu machen und der mit so anerkennenswerter Entschiedenheit die Zuhörer, die bei den gar zu krassen Widersprüchen der Angeklagten und deren mitunter gar zu oberflächlichen Ausreden ihre Heiterkeit nicht ganz verbergen können, in die Schranken zu weisen versteht, weiß offenbar seine Nervosität nicht ganz zu meistern. Die Verteidigung der Angeklagten ist im Begriff, einen Revisionsgrund zu schaffen. Die Vertretung des Nebenklägers stellt Fragen, die der vom Vorsitzenden beabsichtigten Verhandlungsführung nicht ganz konform gehen. So gibt es in aller Höflichkeit manche Erörterung, bei der Schärfe und Gespanntheit im Unterton mit-schwingt.

Die Angeklagten machen es sich heute schon ziemlich leicht. Wie ein Minister von der Regierungsbank so erklären sie von ihrer Anklagebank aus: „Wie ich schon gestern sagte, handelt es sich hierbei...“ „Wie ich schon gestern ausführte, ist es so zu verstehen...“

Dabei ist der weitere Gang der Beweisaufnahme beinahe vernichtend. Kriminalkommissar wie Landgerichtsrat, polizeiliche Vernehmung und Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter zeigen ein ganz anderes Bild, zeigen einen gesändigen Täter und nicht einen verstockten Leugner. Besonders erschütternd freilich ist die Leichtfertigkeit, die Weichardt an den Tag legte. Schon Harden sprach gestern davon, wie Weichardt ihm, dem im Blut Liegenden, bei der Gegenüberstellung unverschämte zulächelte und bestritt, ihn je gesehen zu haben. Der Untersuchungsrichter stellte heute zweimal fest, daß er unaufhörlich lächelte, daß er in unaufhörlicher Heiterkeit oft in Lachen ausbrach.

Seute kommen zwei weitere Requisiten aus dem Hardenwerkzeug der Attentatsprozesse zum Vorschein. Einmal Waffenschließung und Gefangenenerlösung — Weichardt will jetzt ursprünglich gesagt haben, es handle sich um etwas derartiges — und dann die armen, schwachen Verwandten, denen zuliebe man den abwesenden Haupttäter belastet. Erst hieß es, Antermann sollte möglichst wenig belastet werden, weil er verheiratet ist (in Wirklichkeit ist er seit Sommer 1921 wegen seiner großen Schulden und Verschwendungssucht geschieden). Jetzt wird der alte Großvater des Weichardt entdeckt, der ein schweres Urteil über seinen Enkel nicht überleben würde. Der alte Großvater in allen Ehren: aber damit der Großvater gesund bleibt, dürfen Wordingen ihrer Strafe entgehen?

Im Schwurgerichtssaal des Landgerichts III, wo der Hardenprozeß stattfindet, ist diesmal eine große Planstizze auf der schwarzen Tafel mitten im Raum mit Kreide aufgeschrieben, die die Umgehung des Tatortes darstellt. Der Mangel einer solchen Planstizze hatte sich in der gestrigen Verhandlung fühlbar gemacht. Harden selbst ist heute nicht erschienen, da die Aufregung, die ihm der letzte Zwischenfall am Schluß der gestrigen Sitzung verursachte, ihn, so hört man, so geschwächt hat, daß er zunächst noch das Haus hüten muß.

Der Vorsitzende beginnt zunächst mit der Mitteilung, daß über die gestern gestellten Beweisanträge — Ladung Ehrhardts als Zeuge, Vernehmung eines Sachverständigen wegen der Bedeutung des Festerns und Abhaltung eines Lokaltermins — die Beschlußfassung vorbehalten bleibt. Dann gibt er eine Erklärung ab über die Vernehmung von Chefredakteur Theodor Wolff und Professor Wichard von Moellendorf als sachverständige Zeugen. Er erklärt, die Debatte des Grenz sei wohl dahin zu verstehen, er wolle seine Handlungsweise durch den Beweisantrag in einem milderen Lichte erscheinen lassen. Grenz sagte etwa folgendes: „Ich benenne Theodor Wolff als Zeugen dafür, daß auch andere Menschen meine Auffassung teilen, daß nämlich Hardens politisches Wirken schädlich ist.“ Der Vorsitzende forderte nun Grenz auf, selbst dies Beweisthema zu formulieren. Dann werde man sehen, ob man es als wahr unterstellen könne, und demnach auf die Beweisaufnahme in diesem Punkte verzichten. Für die Besprechung des Grenz mit seinem Anwalt veranlaßt der Vorsitzende eine kleine Pause an, nach der Rechtsanwalt Wegmann mitteilt, auf Grund der Erklärung des Vorsitzenden verzichte er auf die Vernehmung des Zeugen Wolff. Danach verzichtet Rechtsanwalt Grünspach auf die Vernehmung des von ihm genannten Zeugen von Moellendorf.

Rechtsanwalt Grünspach stellt dann eine Reihe von Beweisanträgen, nämlich

1. Die Vorstandsmitglieder des Deutschvölkischen Schütz- und Trugbundes in Oberburg zu vernehmen darüber, daß
  - a) dem in Frankfurt an Main behobenen postlagernden Brief aus München keine Mitteilung darüber beigegeben habe, daß s Vorhaben auf eine Verhinderung Hardens an der Amerikareise abziele; daß
  - b) eine ausgesprochene Tötungsabsicht vorgelegen habe, und daß